

Knospen, und deshalb verhängt es sich hinter der „Mitte“. In diesem Sinne hat noch jüngst der Reichstanzler das Zentrum einmündig die Erwartung geäußert, daß der bewährten Politik der Mitte auch im zukünftigen Reichstag Geltung und Durchführung verschafft werde. Dieser Beifall ist nach der Bestimmung des Reichstanzlers Dr. Marx noch heute maßgebend. Das Zentrum ist und bleibt also nach seiner ganzen Weisheit ein unsicherer Begegner für eine Rechtsregierung, der nur dann bei der Stange gehalten werden kann, wenn die Deutsche Volkspartei unentwegt auf ihrem Standpunkte beharrt. Daraus erhebt die Größe der nationalen Verantwortung, die der Deutschen Volkspartei obliegt.

Die Verhelfung des Zentrums auf die Mitwirkung der Demokraten macht diese Partei wiederum wie bei der Oktoberfrage zum Hingelein an der Waage. Vom bürgerlichen Standpunkte aus ist es ganz gewiß lebhaft zu wünschen, daß die Demokraten zur positiven Mitarbeit am inneren Aufbau des Reiches herangezogen werden könnten. An sich ist eine solche Entwicklung, welche die Preisgabe der tendenziösen Stellung von „Politik der Mitte“ und „Demokratie“ mit Vorkaufsrecht zur Voraussetzung hat, durchaus möglich; denn es gibt auch nach dem Austritt der hervorragenden Mitglieder, die anlässlich der Oktoberfrage der Partei den Rücken gelehrt, noch genaue Anhängen in der bürgerlichen Demokratie, die Verständnis für die Erfordernisse der Lage besitzen und einer besseren Einsicht zugänglich sind. Die demokratische Zeitkritik „Die deutsche Nation“, die führende Köpfe der Partei zu ihren Mitarbeitern zählt, bezeichnet eine Politik, deren Ziel es wäre, die Deutschnationalen vom Inneren fernzuhalten, als undemokratisch; auch sei es unerhört, die Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen an unerfüllbare Bedingungen, insbesondere an ein bis zur feierlichen Verlesung monarchischer Hebesprüche präpariertes Bekenntnis zur Republik“ zu knüpfen. Ferner äußert sich der alte demokratische Politiker und ehemalige Reichsminister Dr. Wöhrlein in folgender bemerkenswerter Weise: „Es kann offen ausgesprochen werden, daß die Lösung der großen Aufgaben der Demokratie und der Wirtschaftsförderung durch ein Bündnis und eine Koalition, in denen die Sozialdemokratie über 45 Prozent der Stimmen verfügt, erhebliche Bedenken hat.“

Ihren spezifischen Steuerfachverständigen geht nun einmal das Verständnis ab für das, was die Wirtschaft steuerlich zu tragen vermag, ebenso das Verständnis für die Notwendigkeit des Kapitals und seiner Neubildung.“ Das sind doch schließlich Ansichten, welche die Demokratische Partei auch nach rechts hin bündnis- und arbeitsfähig machen würden, wenn man sie im konzentrierten Ausbau zum Gemeingut der Partei als solcher erhöhe. Bis jetzt haben aber die einschlägeren demokratischen Elemente nicht vermocht, sich in der Leitung der Partei durchzusetzen. Der Zug nach links, die Verbrüderung mit der Sozialdemokratie und ihren internationalen Verbindungen waren von vornherein so stark akzeptiert, daß die Partei in bürgerlichen Kreisen aufsehend an Vertrauen einbüßte. In der Nationalversammlung von 1919 hatte sie von 419 Sitzen 75 inne, im Reichstage 1920 von 406 Sitzen nur noch 40, 1924 im Reichparlament von 472 Sitzen 28 und jetzt von 408 Sitzen 32. Die vier Mandate mehr gegen den Widerstand sind nicht etwa der Werbestreit des demokratischen Programms, sondern der härteren Wahlbeteiligung und einer bis zur Siebehöhe gesteigerten Agitation zuzuschreiben, insbesondere der vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold geleiteten Wahlhilfe, die der in einer Berliner sozialistischen Versammlung abgegebenen Erklärung entsprach, die Sozialdemokratische Partei habe ein erhebliches Interesse an dem Fortbestehen der Demokratischen Partei. Das ist doch eine der stärksten Demütigungen für eine ihres Namens würdige bürgerliche Partei, die sich denken läßt. Das bürgerliche Gefühl der Demokraten müßte sich gegen ein so erniedrigendes Verhältnis aufbäumen und aus der Empörung darüber die Kraft schöpfen, das Fickchen zwischen Demokratie und Sozialismus endlich zu zerbrechen. Wenn die jetzige Leitung der Partei aus der Art, wie sie bei den Wählern seit 1919 abgewirtschaftet hat, nicht erkennen will, daß die Volkswahl gegen sie ist wegen ihres halbtoten Einbaltens auf der schiefen Ebene des sozialistischen Internationalismus und eines überhohen Sozialismus, dann legt sie sich dem begründeten Vorwurfe aus, daß sie an die Stelle der Achtung des Volkswillens ihren eigenen Willen als absoluten Herrscher setzen will. Tonn tun die heutigen Demokraten genau das, was sie den alten Konservativen in

dem Spottvers vorwarfen: „Und der König absolut. — Wenn er unfern Willen tut.“ Eine kleine Elite macht sich dann an, darüber zu befinden, was „echte Demokratie“ ist, und verlangt, daß nach dieser subjektiv willkürlichen Auffassung das ganze Volk sich richten soll; mit anderen Worten, daß „Volk soll nur dann souverän“ sein, wenn es so lang, wie die „echten Demokraten“ steifen.

Es geht nicht an, daß die Demokratische Partei, wenn sie lebensfähig bleiben will, sich noch ferner darauf versteht, Demokratie und Vorkaufsrecht als gleichbedeutend zu erklären. Eine Demokratie kann an sich ebenso gut rechts als links gerichtet sein. Man denke an die aristokratische Demokratie des Verfalls in Athen. Die heutige Zeit aber verlangt von der deutschen Demokratie, wenn sie sich weiter als selbständiger und beachtlicher Faktor behaupten will, zwangsläufig eine Rechtsorientierung und eine loyale Zusammenarbeit mit den übrigen bürgerlichen Parteien unter entschiedener Ablehnung der Sozialdemokratie. Wenn alle demokratischen Parteigänger, die noch nicht mehr oder weniger der Sozialdemokratie verfallen sind, an der Hand der geliebten äußeren und inneren Lage die Haltung ihrer Partei nachprüfen, werden sie zu der Einsicht gelangen müssen, daß die bisherige offizielle demokratische Politik einen Irrweg darstellt, und daß die Stellung der Partei Seite an Seite mit der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei allein der Vergangenheit der Demokratie vor dem Kriege würdig und für ihre Zukunft verheißungsvoll ist, während das Ende der Verbrüderung mit der Sozialdemokratie nur die völlige Zerbrechung der Partei zwischen rechts und links sein kann. Die führende demokratische Parteipresse scheint leider für diese Zusammenhänge kein Verständnis zu besitzen, da sie das im Wahlkampf begonnene Zerwürfnis gegen jede Rechtsorientierung mit unerminderter Heftigkeit fortsetzt und nach dem Vorkaufsrecht ruff. Dann bleibt nur die Hoffnung übrig, daß in dem Kampfe der zwei Seelen, die in der Brust des Zentrums wohnen, der rechte Flügel, wenn die Taktik der Wirt Seele an der Festigkeit der Deutschen Volkspartei scheitert, doch noch die Oberhand gewinnt und die Teilnahme an einer Rechtskoalition durchsetzt.

Die Besprechungen des Reichstanzlers.

Vlinksregierung oder sozialistische Opposition.

Die Besprechungen der Sozialdemokraten.
(Nachmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 13. Dezember. Reichstanzler Marx empfing heute vormittag 11 Uhr die Parteiführer der Sozialdemokraten. Es waren dazu erschienen Weis, Hermann Müller, Dittmann und Stillerding. Die Sozialdemokraten erklärten, daß der Ausfall der Wahlen eine Behauptung der bisher eingehaltenen und von den Sozialdemokraten verfolgten Außenpolitik ergeben habe. Unter solchen Umständen könne nur eine nach links gerichtete Regierungskoalition in Frage kommen. Am anderen Tage würden die Sozialdemokraten in die stärkste Opposition treten.

Der Reichstanzler hat den Parteiführern gesagt, daß die Regierung am Montag zurücktreten werde. Die Sozialdemokraten hätten Donnerstag eine Fraktionslösung ab. Wer mit der Regierungsbildung beauftragt werden wird, steht noch nicht fest. Wahrscheinlich wird es diejenige Partei sein, welche die Anregung zu einer Koalition nach rechts gegeben hat.

Die allen Volksgemeinschafts-Pläne des Zentrums.

Berlin, 13. Dez. In der gestrigen Sitzung des Zentrumsfraktionsvorstandes des preussischen Landtages, der sich für die große Koalition einsetzte, sprach man sich auch für den früheren Volksgemeinschaftsplan des Kanzlers Marx aus, indem man den Anstoß der Deutschnationalen an die große Koalition als erheblichen Wert bezeichnete. Als Voraussetzung hierfür wurde angegeben, daß die deutschnationalen Landtagsfraktion seine Bedingungen stelle, deren Erfüllung von vornherein ausgeschlossen sein würde.

Stresemann will das Außenministerium behalten.

(Nachmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 13. Dez. Die Mitteilung der „Zeit“, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann nicht beabsichtige, die Bildung eines neuen Kabinetts zu übernehmen, wird von führender Seite der Volkspartei bestritten. Dr. Stresemann habe den Wunsch, sein bisheriges Ressort beibehalten zu können, um so mehr, als die Führung der Außenpolitik von den persönlichen Beziehungen zu den ausländischen Diplomaten abhängig sei, die sich ein neuer Außenminister erst wieder schaffen müßte.

Abwartende Haltung der Deutschnationalen.

Berlin, 13. Dez. Die aus zwölf Abgeordneten bestehende Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei hielt gestern unter dem stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Winkler eine Besprechung ab, in der die durch den Ausfall der Wahlen geschaffene Lage beleuchtet wurde. Im übrigen bewahrt man in der Deutschnationalen Volkspartei in allen Fragen der bevorstehenden Regierungsbildung eine abwartende Haltung.

Dänische Verdächtigungen der Reichswehr.

Mannhafte Worte Geylers gegen die Reichswehrheje.

Kopenhagen, 12. Dez. Reichswehrminister Dr. Geyler hat dem Berliner Vertreter der „Sozialdemokraten“ in Kopenhagen im Hinblick auf eine Veröffentlichung des Oberleutnants Vassen in der Kopenhagener „Nationaltidende“ über Deutschlands angebliche Nichterfüllung der Abrüstungsbedingungen ein Interview erteilt. Dem nachstehendes zu entnehmen ist: Ich treue mich, daß sich Herr Vassen durch seine Studien davon überzeugt hat, daß Deutschland die Bestimmungen des Versailler Vertrages bezüglich seiner Bewaffnung ausgeführt hat. Daher ist auch sein Schluß richtig, daß das deutsche Heer auch nicht mit der geringsten Aussicht auf Erfolg einen Krieg gegen Frankreich führen kann.

Was über angebliche Verstärkungen Deutschlands verbreitet wird, gehört in das Reich der Fabel.

Wir hätten bei unserer Finanzlage auch gar nicht das Geld zu einer großen Rüstung, denn auch die deutsche Industrie kann sie nicht umfassen liefern. Herr Vassen bemängelt die hohe Zahl der Offiziere im Reichswehrministerium und sieht darin eine „Welterfüllung des Generalstabes“. Und in die Zahl der Offiziere, die im Ministerium zu arbeiten haben, vorgeschrieben. Herr Vassen sieht in der Tatsache, daß einige Offiziere zu den Divisionsstäben kommandiert sind, die „Erhaltung von vielen kleinen Kriegsakademien“. Wer mit den jetzigen Arbeitsmethoden die Aufgaben der aufgelösten militärischen Hochschulen vergleichen will, hat von deren Möglichkeiten und Erfolgen eine sehr geringe Vorstellung. Herr Vassen sagt, der geographische und geschichtliche Dienst des Großen Generalstabes werde bei anderen Ministerien weitergeführt. Damit meint er anscheinend die Landesvermessung und mit dem geschichtlichen Dienst soll wahrscheinlich auf das Reichsarchiv in Potsdam hingewiesen werden.

Jarres Kandidat für den Reichspräsidentenposten?

Berlin, 13. Dez. Paul Jarres ist die Deutsche Volkspartei beabsichtigt, den bisherigen Innenminister und Reichstanzler Dr. Jarres als Kandidaten für das Amt des Reichspräsidenten aufzustellen. (W. T. V.)

Pariser Presse und deutscher Bürgerblock.

Der Nachdruck auf der Erfüllung des Londoner Pakts.
Paris, 13. Dez. In den Pariser Zeitungen lautet die Meinung eine Entschiedenheit gegenüber der neuen Regierungsbildung in Deutschland, als die Mehrzahl der Blätter ihre Betrachtungen ausschließlich darauf einrichtet, ob auch eine deutsche Reichsregierung den Dawes-Plan erfüllen wird. Einen Zweifel hieran wagt nur eine einzige Zeitung, das „Zeit Journal“. Der nationalsozialistische „Schrei“, daß die eventuelle Bildung eines deutschen Bürgerblocks einen Teil der Volkswirtschaft nach Frankreich ablenke, denn der Einmarsch russischer bolschewistischer Agenten über Deutschland würde weitgehend dann wohl anhören. An das Londoner Abkommen sei aber jede Reichsregierung gebunden.

Ein Versuchsballon.

Knackliche Manöver des Völkerbundsrats seien eine Rechtsreaktion.
Berlin, 13. Dez. Die „B. N.“ verzeichnet Gerüchte, die angeblich in London und Rom kursieren, wonach in der Völkerbundsratsitzung in Rom eine vertrauliche diplomatische Mitteilung des neuen Rechtsregierers in Deutschland über die Orientierung nach Berlin in Betracht gezogen werden soll. — Eine solche Mitteilung in die inneren Angelegenheiten wäre geradezu unerhört. An hiesigen Stellen die es wissen könnten, ist von einem solchen Schritt nichts bekannt. Wahrscheinlich ist bei der Mitteilung der „B. N.“ der Wunsch der Vater des Gedanken.

Die Potsdamer Stadtverordneten gegen Severing.

Zurückweisung der Wahregelung des Oberbürgermeisters.
(Nachmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 13. Dez. Aus Anlaß der Wahregelung, die der preussische Innenminister Severing unlängst dem Oberbürgermeister von Potsdam gegenüber wegen dessen Verhalten bei dem Austritt des französischen Vassillen nach vorgenommen hatte, stimmte gestern die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung einem Antrag der deutschnationalen Fraktion zu, in dem es heißt: Die Stadtverordnetenversammlung sieht in dem dem Herrn Oberbürgermeister von dem Herrn Innenminister ausgedrückten Mißbilligung eine Nachüberprüfung des Wählens und einen Wandel an Achtung vor dem Geiste der Selbstverwaltung. Die Stadtverordnetenversammlung spricht ihrem Oberbürgermeister Rauscher ihr volles Vertrauen aus.

Kommunisten-Prügelien im mecklenburgischen Landtag.

Berlin, 13. Dez. Blättermeldungen aus Schwerin zufolge kam es in der gestrigen Sitzung des mecklenburgischen Landtages zu Verwirren. Nicht kommunistische Abgeordnete, deren neuer Fraktionskollege seit dem Sommer wegen Schwereitsverfahren in Untersuchungshaft ist, meldeten sich wiederholt zur Geschäftsordnung zum Wort. Der Landtagspräsident lehnte auf Grund der verhängten Geschäftsordnung die Erteilung des Wortes ab. Trotzdem nahm ein kommunistischer Abgeordneter das Wort. Die Sitzung wurde darauf um 10 Minuten vertagt und der Kellereiausschuß beschloß, in dieser Pause die betreffenden Abgeordneten gewaltlos aus dem Saale zu entfernen. Nachdem bei Wiederaufnahme der Sitzung der Beschluß durchgeföhrt war, versuchte ein weiterer kommunistischer Abgeordneter, dann ein dritter und vierter das Wort zu erteilen. Auch diese drei Abgeordneten wurden gewaltlos aus dem Saal entfernt. Darauf schienen die noch anwesenden Mitglieder der kommunistischen Fraktion einen beratenden Värm., daß auch sie vor die Tür gesetzt wurden. Die Verhandlungen konnten dann ihren Fortgang nehmen.

Berständlicher Andrang zum Saarman-Prozess.

Hannover, 13. Dezember. Das Interesse der hannoverschen Bevölkerung an den Verhandlungen des Saarman-Prozesses hat trotz der langen Dauer nicht abgenommen. Der Andrang des Publikums zu den Verhandlungen nimmt weiter zu. Von heute ab ist die Zahl der für den Zuscherraum ausgegebenen Karten noch um einige erhöht worden. Von der Sache ist mitgeteilt worden, sie habe bestellensweise geschaffen, daß gestern der erste Zuhörer um 11 Uhr abends sich eingefunden hat, um sich für die um 8 Uhr morgens beginnende Kartenausgabe anzustellen.

Die Sonnabend-Verhandlung beginnt mit dem Fall Hannappel aus Tübingen, den Saarman zunächst in diesem Falle ist auch Grand der Anklage zum Worte angekragt. Junge Himmermann Hannappel betundet, daß sein Sohn bei einem Schwelger in Vyrstadt war, von wo er nach Hannover reiste, um sich eine andere Stellung zu suchen. Am 10. November sei noch ein Paket von seinem Sohne angekommen. Seitdem habe man aber nicht mehr von ihm gehört. — Junge Kriminalassistent Schmitta von der Bahnhofswehr hat von Saarman den Hut Hannapells erhalten. Er gibt an, er habe über die Hut mit Saarman zu tun gehabt und Saarman dadurch kennen gelernt. Bei einem Gespräch in der Bahnhofswehr habe ihm Saarman den Hut angeboten, weil er angeblich Saarman selbst zu flein geworden sei. Einige Tage später habe Saarman in Anwesenheit des Zeugen den Hut bei der Bahnhofswehr abgegeben. — Vorl.: Haben Sie ihn bezahlt? — Junge: Da Saarman seit mehreren Wochen nicht erschien, mag aus der Bezahlung nichts geworden sein. — Vorl.: Wukten Sie von dem verstorbenen Saarman? — Junge: Nein. — Vorl.: Es ist nicht Aufgabe dieser Verhandlung ir-ndwische Verletzungen der Polizei nachzuweisen. Ich möchte aber der Hehle lauen, daß Ermittlungen darüber schweben, inwieweit Polizeibeamte sich etwas haben zuschulden kommen lassen. Mehrere Flagellantenverfahren sind im Gange.

Neue Strafanlagen der Seibel schiffert den Fall Hannappel. Hannappel sah im Parteisaal auf einer Liste. Grand habe sich an ihn herangemacht und auf ihn eingespochen. Der junge Mann habe jedoch zunächst immer abgewehrt, dann jedoch habe er die Liste auf die linke Schulter genommen und sei mit Grand gegangen. Der Junge hat gesehen, wie Grand dem Saarman Wink gezeichnet hat. — Vorl.: Haben Sie dies gesehen, daß Grand mit jungen Leuten sprang? — Junge: Ja, zweis oder dreimal. — Grand betritt die ganze Geschichte.

Samuel Compers †.

New York, 13. Dez. Nach einer Meldung aus San Antonio ist der Gewerkschaftsführer Compers gestorben. Samuel Compers entstammte einer nach England eingewanderten Spaniolenfamilie. Er wurde im Jahre 1850 in London geboren, wurde später Zigarenarbeiter, hing jedoch diese Beschäftigung bald an den Nagel, um sich ganz der Politik zu widmen. 1883 begab er sich nach den Vereinigten Staaten und arbeitete sich hier infolge seiner hohen rednerischen Geschicklichkeit und dialektischen Begabung nach und nach bis zum Posten eines lebenslänglichen Präsidenten der American Federation of Labour, des amerikanischen Arbeiterverbandes, empor. 1908 erreichte er dann großes Aufsehen durch einen Bonfott-Proz., der dann damit endete, daß das Verdict Compers zu einem Jahr Gefängnis verurteilte. Während des Krieges gehörte er mit zu dem Chor der Deber gegen Deutschland. Bei seinen europäischen und besonders seinen deutschen Besuchen war er nicht beliebt. Schon im Jahre 1909, anlässlich einer Rede im Berliner Gewerkschaftssaal, war es niemand anders als das offizielle Organ der deutschen Sozialdemokratie, der „Vorwärts“, der sich in polemischen Polemiken gegen Compers erging. Abten Jahre 1912 dem Sekretär der Gewerkschafts-Internationalen mitteilte, es sei nunmehr unmöglich geworden, daß sich die amerikanischen Gewerkschaften noch an der Internationalen beteiligten, deren politischer Charakter auf die Sozialisierung der Arbeiter hinzielte, was den Interessen der amerikanischen Gewerkschaften zuwiderlaufe.

Die Finanzministerkonferenz am 6. Januar

Paris, 12. Dez. Die Konferenz der alliierten Finanzminister, die auf der Londoner Konferenz beschlossen wurde und die sich mit der Bereinigung der deutschen Zahlungen aus dem Dawes-Plan und der Klauation der Ruhr befaßt, wird, wie man nunmehr festgelegt wurde, am 6. Januar in Paris zusammenzutreten. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat bestimmt, daß die amerikanische Regierung auf dieser Konferenz durch den amerikanischen Botschafter bei der Reparationskommission, Logan, vertreten werde. (W. T. V.)